

MITMACHEN!

Wir sind alle gefragt, denn Klimaschutz funktioniert nicht, indem wir einfach auf bessere Gesetze hoffen. Klimaschutz funktioniert nur, wenn wir alle das Problem erkennen und versuchen unsere Lebensweise zu verändern.

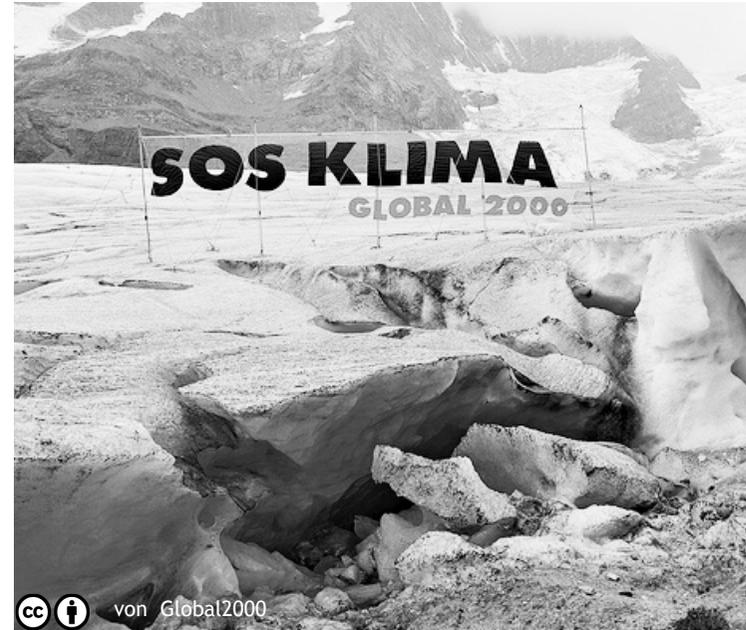
Dabei können auch schon kleinere Veränderungen helfen:

- Essen Sie weniger Fleisch. Mit einmal weniger Fleisch pro Woche können Sie schon bis zu 20 kg CO₂ sparen.
- Fahren Sie weniger mit dem Auto und nutzen Sie den ÖPNV, laufen Sie kleinere Strecken zu Fuß oder fahren Sie mit dem Fahrrad, das ist 100% umweltschonend und sorgt zudem für eine bessere Gesundheit.
- Sparen Sie Energie im Haushalt: Regeln Sie beispielsweise die Heizung wenn möglich herunter.
- Lüften Sie richtig! Dabei gilt: einmal kurz und heftig lüften ist besser als länger bei halbaufgeklapptem Fenster.
- Beachten Sie beim Kochen: Einen Wasserkocher zu benutzen ist energiesparender als Wasser auf dem Herd zu kochen, auch das Verwenden von Deckeln beim Kochen mit Töpfen und Pfannen ist umweltfreundlicher.
- Benutzen Sie für Ihre Dusche einen Wassersparkopf.
- Beim Verwenden von Energiesparlampen gilt: Häufiges An- und ausschalten verbraucht oft mehr Strom als die Lampen eine Weile brennen zu lassen.
- Kaufen Sie bevorzugt regionale Produkte, insbesondere bei Obst und Gemüse.
- Pflanzen Sie einen Baum.
- Wechseln Sie zu Öko-Strom.

Stefan Ziller
Mitglied des Abgeordnetenhauses
Wahlkreis Biesdorf / Springpfuhl

Bündnis 90 /Die Grünen
Marzahn-Hellersdorf
Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin

www.stefan-ziller.de



EINE GLOBALE HERAUSFORDERUNG

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts, die Bekämpfung seiner Folgen eine unbedingte Voraussetzung für die Abmilderung der Katastrophe.

Doch der Klimawandel ist nicht etwa nur ein zukünftiges Problem, das es in den kommenden Jahren zu lösen gilt, schon jetzt sind seine Folgen drastisch zu spüren: Bereits im Jahr 2008 sind bei einer vergleichsweise geringen Erderwärmung von weltweit 0,8 Grad schätzungsweise 300.000 Menschen ums Leben gekommen – Hauptursachen waren dabei die durch den Klimawandel verursachten Dürrephasen einerseits und den zahlreichen Überschwemmungen andererseits.

Dass das nur der Anfang ist, ist mittlerweile wissenschaftlicher Konsens.

DER KLIMAWANDEL

„Kopenhagen -
von Machtpolitik zerstört
- eine radikale Reform
ist nötig“

Um die Klimaerwärmung in den nächsten Jahren einzudämmen, sind vor allem in den Industrieländern sofortige und weitgehende Einsparungen bei dem Ausstoß von Treibhausgasen von Nöten. Diese müssen, um die Erderwärmung auf weltweit 2 Grad zu beschränken, gegenüber 1990 bis zum Jahre 2020 um 40% und bis 2050 um 90% reduziert werden.

Jedem Mensch auf der Erde würden demnach bis zum Jahre 2050 noch 110 Tonnen CO₂ zustehen. Bei einem jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch der Deutschen von derzeit 11 Tonnen wird deutlich, wie radikal gespart werden muss.

Um einen gerechten und effektiven Klimaschutz gewährleisten zu können, muss daher weltweit sofort gehandelt werden. Dementsprechend hoch waren die Erwartungen an die Weltklimakonferenz von Kopenhagen 2009. Doch das Ergebnis der Konferenz ist eine Katastrophe.

DIE KLIMAKONFERENZ IST GESCHEITERT

Das ursprüngliche Ziel, ein verbindliches Regelwerk zum Klimaschutz bis 2012, konnte nicht erreicht werden, stattdessen endeten die Verhandlungen in einer Sackgasse: Das, was von zwei Wochen Kopenhagen bleibt, ist lediglich ein politisch nicht bindendes Papier, genannt „Copenhagen Accord“. Dieser „Minimalkonsens“, der gerade einmal unverbindlich „zur Kenntnis genommen“

wurde, enthält jedoch nur Absichtserklärungen, nicht einmal genauere Vorschläge zu Reduzierung der Treibhausgasemissionen.

Damit haben die Vertreter der großen Industrienationen die Chance nicht ergriffen, Maßnahmen zu beschließen, die geeignet wären, die Gefahr einzudämmen und somit endlich zu handeln.

Eine Beschränkung der Erderwärmung auf das im Umweltprogramm der Vereinten Nationen vorgeschlagene 2-Grad-Ziel scheint nach diesen zwei Wochen ins nahezu Unrealistische gerückt. Dabei waren es gerade diese zwei Grad gewesen, die zuvor als Konsens galten: Es war anerkannt, dass die Ausmaße einer darüber hinausgehenden Erderwärmung sowohl ökologisch wie finanziell nicht tragbar sein würden.

Doch aus dem scheinbaren Verständnis konnten keine Handlungen resultieren. Dass Kopenhagen ein solches Fiasko war, ist aber nicht nur die



Schuld der potenziellen „Klimaschutz-Hemmer“ USA und China. Auch wegen Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde Europa zur Bremserin: Unklarheit über Zusätzlichkeit der Klimafinanzierung, Bestehen auf Schlupflöchern beim CDM (Clean Development Mechanism) oder das Unvermögen, innere Lastenverteilung zu organisieren.

All dies zeigte deutlich, dass Deutschland und Europa zunächst noch radikale Reformen benötigen. Auf dem Weg dahin müssen hochrangige Konsultationen auch mit den kleinen Ländern des Globalen Südens erfolgen. Kritische Stimmen müssen Gehör finden und auch in einem Abkommen zur Geltung kommen. Vor allem die Zivilbevölkerung muss in solch wichtige Entscheidungen mit einbezogen werden, gerade dies war bei der kopenhagener Klimakonferenz nicht der Fall.

Stattdessen wurden dort die Nichtregierungsorganisationen von den Verhandlungen ausgeschlossen und Demonstrationen verhindert.

Wenn die UN sich in ihrem Auftreten gegenüber kritischen Meinungen aber auch in der inneren Entscheidungsfindung immer mehr der G-20 annähert besteht die Gefahr noch mehr Legitimität zu verlieren. Auch dies sollte eine Lehre aus dem Kopenhagener Fiasko sein.

WIE WEITER?

Um das so genannte 2-Grad-Ziel doch noch zu erreichen, sind weltweit enorme Anstrengungen von Nöten. Die Veränderungen des Klimas sind aber gerade in den Regionen besonders stark, die kaum etwas zum Klimawandel beigetragen haben. Dagegen sind die Prognosen für die Folgen in Europa und Nordamerika vergleichsweise „erträglich“. Europa muss seine Verantwortung für eine gerechte Entwicklung auf unserem Planeten wahrnehmen. Dazu müssen wir nicht nur mehr als die bisher zugesagten finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen, sondern auch unsere Lebensweise hinsichtlich der Auswirkungen auf Menschen in anderen Regionen hinterfragen.

HANDELN JETZT!

Auch wenn es nach Kopenhagen nun kein rechtlich verbindliches Abkommen gibt, erwarten wir von der Bundesregierung und der Europäischen Union, dass sie trotz allem mit gutem Beispiel vorangehen und ein detailliertes, rechtlich bindendes Abkommen bis zu den Bonn II-Verhandlungen im Juni forcieren. Als Hauptverursacher müssen gerade wir mit gutem Beispiel vorangehen und schon jetzt radikale Klimagesetze erlassen. Das gilt nicht nur für ganz Deutschland und Europa, sondern auch für die regionale Politik.

KLIMASCHUTZ - AUCH FÜR BERLIN

Die baldige Verabschiedung eines Berliner Klimaschutzgesetzes, das weiter greift als das vom Senat bereits vorgeschlagene, ist ein unumgänglicher Schritt. Dabei muss der Senat schnellstmöglich handeln und auch die Bezirke und Interessenverbände verstärkt mit einbeziehen. Das gilt insbesondere für Modellvorschläge und Konzepte, die eine effizientere Klimaschutzpolitik versprechen.



Die Aufnahme des so genannten „Stufenmodells“ zur Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen beispielsweise, wie vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) gefordert, ist Voraussetzung für eine nachhaltige und erfolgreiche Berliner Klimaschutzpolitik und sollte in das Gesetz mit aufgenommen werden.

Doch nicht nur die Politik ist aufgefordert längst überfällige Veränderungen herbeizuführen. Auch jede und jeder Einzelne kann einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.